

"Vor dem gesperrten Tor" in Süddeutsche Zeitung (16. August 1961)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August ; R-Herausgeber Friedmann, Werner. 16.08.1961, Nr. 195; 17. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Vor dem gesperrten Tor", auteur: Birnbaum, Immanuel, p. 1.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: http://www.cvce.eu/obj/vor_dem_gesperrten_tor_in_suddeutsche_zeitung_16_august_1961-de-fb09c8a1-7ac6-43e9-8f41-f4afb2b1d50b.html

Publication date: 02/07/2015

Vor dem gesperrten Tor

Von Immanuel Birnbaum

Was von den Maßnahmen der Ostberliner Machthaber zur Sperrung des Verkehrs in der alten Reichshauptstadt moralisch zu halten ist, braucht hier nicht noch einmal wiederholt zu werden. Ulbrichts Abriegelung der eigenen Untertanen hinter Stacheldraht und Betonpfeilern muß die Einladung, uns mit ihm an einen Tisch zu setzen, für den letzten Gutwilligen in Westdeutschland endgültig unannehmbar gemacht haben. Von ihm ging ja nicht nur die Durchführung, sondern offenbar auch die Anregung der neuen Blockade innerhalb Berlins aus. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß Chruschtschow mit seiner Zustimmung dazu lange gezögert hat.

Mit der Erklärung der Staaten des Warschauer Pakts hat gleichwohl auch Moskau Mitverantwortung dafür übernommen. Immerhin steht in dieser Erklärung noch ein Satz über die Aufhebung der Sperremaßnahmen nach einem Vertragsabschluß, wovon die Ostberliner Ankündigung nichts mehr erwähnt. Auch die beschwichtigende Kommentierung in der Moskauer Presse deutet in gleicher Richtung. Chruschtschow muß wissen, wie sehr er durch Druckmaßnahmen den Gegenspielern im Westen die Aufnahme neuer Verhandlungen erschwert. Vielleicht hätte er Ulbricht gar nicht nachgegeben, wenn er nicht aus einer Erklärung von Senator Fulbright herausgelesen hätte, die Amerikaner würden Maßnahmen, die sich in erster Reihe gegen die eigene Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik richten, nicht als völkerrechtlichen Konfliktfall ansehen.

Tatsächlich handelt es sich um einen weiteren Verstoß gegen den bei Kriegsende vereinbarten Rechtsstatus von Berlin. Dieser Rechtsstatus mag schon reichlich durchlöchert gewesen sein. Daß aber Einheiten der Ulbricht'schen Volksarmee jetzt in Ostberlin aufmarschiert sind – sie erschienen dort früher allenfalls einmal zu einer Parade –, gibt den Vereinbarungen von 1945 einen weiteren entscheidenden Stoß. Deutsche Bundeswehr ist in Westberlin noch niemals erschienen. Was bleibt jetzt noch von der Viermächte-Kontrolle über Berlin übrig? Das fast leere Haus der Kontrollkommission, die dort arbeitende kleine Behörde für die Überwachung der Berliner Luftkorridore und die gemeinsame Bewachung der letzten Insassen des Spandauer Kriegsverbrecher-Gefängnisses.

Den Luftverkehr wie überhaupt die Verbindungen von Westberlin mit der westlichen Welt berühren die neuen Sperrmaßnahmen nicht. Offenbar wünschte Moskau, die Ostberliner Anordnungen so weit zu begrenzen, daß der Westen nicht geradezu provoziert werden müßte. Wir dürfen uns denn auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hauptstädte unserer Verbündeten ziemlich ruhig auf Ulbrichts Streich reagieren. Premierminister Macmillan begab sich nach der Lektüre der Meldungen aus Berlin auf die Hühnerjagd. Im Pariser NATO-Rat erklärte man sich zu einer Stellungnahme zunächst außerstande, da viele Mitglieder sich gerade auf Urlaub befänden. In Washington aber, wo man in den letzten Wochen aus verschiedenen Gründen nervöser war, mahnte der Fraktionsvorsitzende der regierenden Demokraten im Senat seine Kollegen, sie sollten „das Hemd anbehalten“, das heißt kaltes Blut bewahren.

Solche Mahnung ist schließlich auch am Platze, übrigens auch bei uns, gerade weil wir mit dem Schicksal Berlins und der Deutschen jenseits der Zonengrenze noch viel enger verbunden sind. Auch durch Wahlkampfstimmungen sollte sich jetzt kein verantwortlicher Politiker zu zweischneidigen Worten verleiten lassen. Was ist es wert, daß sogar der Bundeskanzler, wenn auch nur in bedingter Form, eine Handelsblockade gegen den ganzen Ostblock ankündigt, noch ehe geklärt werden konnte, wer dabei mitmachen würde? Weder in Großbritannien noch in Frankreich, das gerade seine Moskauer Werbeausstellung eröffnet hat, scheint ein solcher Vorschlag auch nur ernstlich erwogen zu werden. Die Gedanken der Amerikaner über Gegenmaßnahmen gehen einstweilen ebenfalls längst nicht so weit.

Auch vom deutschen Standpunkt aus sollten derartige Vorschläge erst auf ihre Wirkungen hin durchdacht werden, ehe man Wählerversammlungen damit gegeistert und Rundfunkhörer unnötig damit aufregt. Gewiß müßten notfalls auch erhebliche wirtschaftliche Nachteile in Kauf genommen werden, wenn damit dem Recht der bedrückten deutschen Bevölkerung im kommunistischen Machtbereich gedient wäre. Aber ist das von einem Handelsembargo oder auch vom bloßen Abbruch des Interzonenhandels zu erwarten? Müßten

nicht Versorgungsstörungen drüben die ohnehin vorhandene politische Unruhe steigern und sie vielleicht gar zu Ausbrüchen treiben, denen wir dann tatenlos zuzusehen gezwungen wären? Das könnte Herrn Ulbricht wahrscheinlich nur erwünscht sein. Auf weitere Sicht aber wäre ihm verstärkte Wirtschaftshilfe aus dem Ostblock sicher.

Wie immer die Gegenmaßnahmen aussehen mögen, die jetzt zu beschließen sind, sie sollten die Ostberliner Politik der Vertiefung des Grabens mitten durch Deutschland nicht fördern, sondern ihr, soweit das noch angeht, entgegenwirken. Adenauer hat die Drohungen seiner Regensburger Wahlrede nur für den Fall ausgesprochen, daß Moskau nicht verhandlungsbereit wäre. Chruschtschows Hauptmotiv für die Zulassung der neuen Ostberliner Kraftprobe ist allem Anschein nach die zweifelhafte Hoffnung, gerade dadurch Verhandlungen zu beschleunigen. Danach müßte das Tor zu Verhandlungen trotz allem zu öffnen sein, auch wenn das Brandenburger Tor einstweilen gesperrt bleibt.